

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1991 bis 1999 Band 6

Der Werteverfall in der "vereinten" Bundesrepublik Deutschland

Band 6/114: 10.06.1996 – 30.09.1996

10.06.1996

Belgien: Slowenien beantragt am 10. Juni 1996 den Beitritt zur EU.

Juni 1996

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Juni 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1996 (x853/...): >>... **Ein Mythos-Denkmal wird gestürzt**

Marx - "der erfolgreichste 'Theologe' seit der Reformation". "Das eigentliche menschliche Verhalten (ist nach Marx) Liebe" - Tillich, Fuchs, Gollwitzer.

Nur "Analyse" und "Methode" - Cardenal, Dom Helder, Boff.

"Wir alle stehen auf den Schultern von Karl Marx" - Oswald von Nell-Breuning SJ.

Marx, "der unübersteigbare Horizont" - Sartre, Althusser, Garaudy.

Das sind Stichworte und Zitate aus einem notwendigen und überaus wichtigen Buch zur fundamentalen geistigen Auseinandersetzung unserer Zeit, des ganzen ablaufenden Jahrhunderts, ja auch noch kommender Zeit, sofern sie nicht einem manipulierten Mythos durch eingehende "Aufarbeitung" widersteht.

Dieser höchst aktuellen Arbeit dient das neue Werk von Prof. Konrad Löw: "Der Mythos Marx und seine Macher - Wie aus Geschichten Geschichte wird" ...

Hier werden zahlreiche Mythen, die von einer Marxhagiographie zur andern weitererzählt werden, wissenschaftlich - d.h. v.a. ohne Unterdrücken und Verschweigen von Tatsachen - untersucht und widerlegt. ...

Auch die Namen jener werden schonungslos genannt, die ein Marxmonument mitbauten, vor dem sich Stalinisten ebenso wie verblendete (insbesondere Sozial-)Demokraten und leider auch von guten Geistern verlassene Linkskatholiken verneigen.

Die verbreitete Meinung, der Marxismus-/Kommunismus (und das SED-Gewaltregime) habe "eigentlich" Gutes gewollt, nur die Durchführung sei danebengegangen, wird genau widerlegt. Lenin und Stalin, Ulbricht und Honecker konnten sich zu Recht auf Marx berufen.

Der gigantische Betrug, die gemeine Täuschung des Mythos beruhen insbesondere auf einem zynischen Mißbrauch der Moral: "Gerechtigkeit" wurde mit Zwangs-Gleichheit ("Kollektivierung") einfach gleichgesetzt (und wird so von den Umverteilern noch heute), unterschiedliche Schichten zu "Klassen" betonierte, wobei die einen hemmungslos moralisch heruntergemacht, die anderen grotesk als Idealexistenzen veredelt werden.

Marx selbst war rücksichtsloser und eitler Machtmensch ("Einen Thron will ich mir aufbauen"). Um der Zukunft willen, in die nicht wenige, insbesondere evangelische, aber auch katholische Christen den verlogenen Marx-Mythos hinüberretten wollen, ist diese Demaskierung unerlässlich und beugt neuen Verhängnissen vor. Das Lehramt der Kirche war dabei geradezu vorbildlich wachsam, klar und im Widerspruch. Gleiches kann von gewissen Geistern in der Nachkonzilszeit nicht gesagt werden. Eine falsche "Öffnung" hat sich auch hier in mangelnder

Unterscheidungskraft und damit gewachsener Verführbarkeit lähmend ausgewirkt.

Diese Aufklärung tut wirklich not. ...<<

Der deutsche Philosoph Walter Hoeres (1928-2016) berichtet im Juni 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1996 (x853/...): >>... **Die Macht des Schicksals ...**

Die Befreiung Mitteldeutschlands hat der katholischen Kirche eine ungeheure Chance gegeben. Die Kirchenferne, die Indifferenz gegenüber dem Christentum, ja der Atheismus sind dort erschreckend und stehen in seltsamem Gegensatz zu Rahners These vom anonymen Christentum.

Auf meine erstaunte, vielleicht auch naive Frage, woran sie denn glaubten, bekam ich von unseren Landsleuten drüben immer wieder solche Antworten wie die, sie glaubten an die "Macht des Schicksals", wobei sich diese Auskunft allenfalls durch ihren pseudopoetischen Charakter von den übrigen nichtssagenden bis ratlosen Antworten unterschied.

Aber die Bekehrung findet nicht statt: ebensowenig wie die Neuevangelisierung bei uns im Westen, über die man sich in der gewohnten trostvoll erbaulichen Redseligkeit unausgesetzt verbreitet. Schon heute ist absehbar, daß die ungeheure Chance vertan wird und nichts Entscheidendes geschieht. Allzusehr ist die Kirche bei uns mit ihrer eigenen Selbstlähmung und Glaubenskrise beschäftigt und versagt ebenso vor dieser einmaligen geschichtlichen Herausforderung wie sie bereits in der Kulturrevolution der 68er Jahre versagt hat, deren Parolen die katholischen Wortführer nachgelaufen sind und die sie bis heute mit ihrem unendlichen Emanzipationsgerede verewigen.

Gewiß, man sammelt Geld und kleine Gruppen von Priestern und Ordensleuten verzehren sich als heroische Einzelkämpfer in der glaubenslosen Wüste. Man kämpft legitimerweise um rechtliche Besitzstände wie den Religionsunterricht in Brandenburg.

Aber gerade im Blick auf diesen Kampf sind erschütternde Sätze zu registrieren, die wir in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" schon in der Ausgabe vom 2. April 1996 fanden: erschütternd nicht nur deswegen, weil sie leider nur allzu wahr sind, sondern weil wir, um auf solche Sätze von granitener Wahrhaftigkeit zu stoßen, heute keine Kirchenzeitungen mehr, sondern liberale Zeitungen aufschlagen müssen.

"Der Fall der Mauer", so heißt es da, "hat den christlichen Kirchen ein ungeheures Missionsgebiet vor die Füße gelegt. Ein halber Kontinent, dem jahrzehntelang mit allen politischen Mitteln die Religion ausgetrieben wurde, wartet auf seine Wiederbekehrung. Oder glauben die Kirchen selbst nicht daran?"

Und weiter wird uns ins Stammbuch geschrieben, daß "die zarte christliche Färbung unseres Gemeinwesens, die sich etwa in der Anrufung Gottes in der Grundgesetz-Präambel, in der Militärseelsorge oder eben im Religionsunterricht zeigt, über kurz oder lang verschwinden wird, wenn dahinter kein Glaube mehr steht".

Und das allein ist der entscheidende Punkt. Der Kampf um die rechtliche Sicherstellung des Religionsunterrichts auch in den neuen Bundesländern ist legitim und absolut notwendig, und wirkt doch heute schon gespenstisch und wie ein Schattenboxen angesichts der Erosion des Glaubens, die gerade dieser Unterricht wie auch der Kommunionunterricht und allgemein die Verkündigung des Glaubens ebenso getreulich weitergeben wie ihrerseits verstärken.

Hier überall findet das Schauspiel statt, bei dem uns die "getrennten Brüder" in schöner ökumenischer Eintracht vorangehen. ...<<

08.07.1996

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (28/1996) berichtet am 8. Juli 1996: >>Wir waren die Helden

Wolfgang Leonhard (1921-2014) und Markus Wolf (1923-2006) über ihre Jugend unter Stalin und den Untergang des Kommunismus

SPIEGEL: Herr Leonhard, Herr Wolf, Sie kennen sich seit Ihrer gemeinsamen Schulzeit in der deutschen Karl-Liebknecht-Schule im Moskau der dreißiger Jahre. Begann eine Laufbahn als kommunistischer Intellektueller damals zwangsläufig auf dieser Schule?

Leonhard: Jedenfalls besuchten die Karl-Liebknecht-Schule damals eine Reihe von Kindern, die später in der DDR eine wichtige Rolle spielten: Mischa Wolf und sein Bruder Koni, Werner Eberlein, der spätere Bezirksleiter der SED in Magdeburg, und Peter Florin, der spätere stellvertretende Außenminister. Man könnte fast sagen, daß die Geschichte der DDR mit der Karl-Liebknecht-Schule begann.

SPIEGEL: Eine strenge Schule in der Hochzeit des Stalinismus?

Leonhard: Mir ist sie in der Tat als relativ streng in Erinnerung: Es gab eine sehr deutliche politische Ausrichtung in allen Fächern, ob in Deutsch, Literatur oder Verfassungslehre.

SPIEGEL: Haben Sie das damals schon als einseitig empfunden?

Leonhard: Ich hielt es damals für richtig, weil ich schon mit zehn Jahren in Berlin Mitglied bei den "Jungen Pionieren" gewesen war.

Wolf: Ich bin wie Wolfgang schon als Junger Pionier in die Sowjetunion gekommen. Meine Eltern waren seit 1928 Mitglieder der Kommunistischen Partei. Ich hatte keineswegs das Gefühl, daß mir in Moskau etwas oktroyiert würde.

SPIEGEL: Wie wurden deutsche Emigranten in Moskau behandelt?

Wolf: Wir waren ja aus Hitler-Deutschland geflohen und wurden deshalb fast wie Helden behandelt. Wir erlebten auch viel, wenn ich nur an die Vorbeimärsche auf dem Roten Platz denke. Stalin stand auf dem Lenin-Mausoleum, wir Karl-Liebknecht-Schüler zogen mit unserem auffallenden Tambourkorps - solche Klangkörper gab es dort sonst nicht - vorüber und wurden über Lautsprecher begrüßt. Das war natürlich sehr erhebend.

SPIEGEL: Als Kinder fühlten Sie sich zu Dank verpflichtet?

Leonhard: Zweifellos, wobei noch hinzukam, daß wir ja von der frühesten Jugend an die Geschichte als einen gesetzmäßigen Prozeß ansahen, der notwendig zum Sozialismus führt - das glaubten wir. Die Sowjetunion erschien uns als das Land, in dem sich der Aufbau des Sozialismus vollzog, so daß wir im Gefühl lebten, wir hätten trotz aller Mängel und Fehler bereits eine höhere Gesellschaftsordnung erklommen.

SPIEGEL: Die Wirklichkeit sprach doch sehr dagegen.

Leonhard: Ja, ja, aber unvergeßlich war für mich etwa der 25. November 1936: Da hielt Stalin seine große Rede zur Annahme der Verfassung. Plötzlich hörten wir im Radio diesen Satz: "Die Sowjetunion hat den Sozialismus bereits errichtet, es besteht schon die sozialistische Gesellschaftsordnung." Das war elektrisierend.

Wolf: Man darf sich die Indoktrination damals in der Tat nicht als etwas für uns Unbequemes, Unangenehmes vorstellen. Das Positive überwog. Ich erinnere mich etwa, wie der Schriftsteller Wsewolod Wischnewski, ein enger Freund unseres Vaters, ein Held der Revolution und des Bürgerkrieges, meinen Bruder Konrad und mich in seiner Marine-Uniform mit auf die Tribüne auf dem Roten Platz nahm. Ein unglaubliches Erlebnis. Daß dabei Stalin zugejubelt wurde, gehörte einfach dazu.

SPIEGEL: Wie war es nun aber, als der umjubelte Stalin seine großen Säuberungen anfang? Als plötzlich Menschen aus Ihrer Umgebung verschwanden und sich Angst ausbreitete?

Wolf: Die großen Prozesse, die zwischen 1936 und 1938 stattfanden, waren für mich zunächst etwas Abstraktes. Daß eine riesige Verfolgungswelle gegen einen großen Teil der Begründer der Revolution und des Sowjetstaates lief, ist an mich so nah nicht herangekommen. Gewiß, es verschwanden sehr viele Eltern, Väter vor allem, von Mitschülern der deutschen Schule. Man empfand es als unbegreiflich, als schlimm. Aber man verkehrte miteinander so, als ob nichts geschehen wäre.

Leonhard: Die Jahre der größeren Säuberung von 1936 bis 1938 habe ich ganz anders erlebt.

Da ich zwei Jahre älter und mithin schon politisch interessierter war als Mischa, habe ich die Prozeßberichte ganz genau gelesen. Und ich habe ihnen nicht geglaubt. Daß Sinowjew, Kamenew, Bucharin, die Weggefährten Lenins, nun auf einmal Verräter gewesen sein sollten, das konnte nicht wahr sein.

SPIEGEL: Obwohl die Angeklagten zugegeben hatten, Verräter zu sein.

Leonhard: Ich habe mir damals schon Gedanken gemacht, mit welchen Methoden man wohl Menschen dazu bringt, solche Geständnisse abzulegen. Alle, die da zum Tode verurteilt wurden, waren die Helden der Oktoberrevolution von 1917 gewesen. In diesen beiden Jahren der großen Prozesse begann mein kritisches Denken ...

SPIEGEL: ... das aber Ihren grundsätzlichen Glauben noch nicht erschütterte?

Leonhard: Nein, ich glaubte nach wie vor, daß der Marxismus richtig sei und die Sowjetunion eine sozialistische Gesellschaft errichte. Und ich versuchte krampfhaft mir zu erklären, was da los war. Ich ging in die Bibliothek für ausländische Literatur und las "1793" von Victor Hugo, um vielleicht durch einen Vergleich zwischen dem Stalinismus und der Diktatur der französischen Jakobiner eine Antwort zu erhalten.

Da stellte ich fest: Die ganze Jakobiner-Herrschaft hatte 40.000 Opfer gekostet, aber nicht Millionen. Ich erinnere mich noch an das Plakat, auf dem der NKWD-Chef (Vorläufer des KGB) Jeschow, auf deutsch "Der Igelige", in seinen Händen mit igeligen Handschuhen Volksfeinde hielt. Das Blut spritzte, und darüber stand: "Vernichtet die Feinde des Volkes!"

Wolf: Ich habe das Plakat auch in Erinnerung. Aber ich habe das alles nicht als Wirklichkeit wahrgenommen, obwohl die Verhaftungen bekannt waren. Es ist ja auch typisch für die Zeit, daß ich über die Verhaftung von Wolfgangs Mutter bis zu seinem Weggang aus der DDR nichts gewußt habe. Wir haben nicht darüber gesprochen, obschon wir zeitweise eng zusammen waren. Ich wußte von vielen Mitschülern, daß deren Väter verhaftet waren; aber wir sprachen nicht darüber. Es gab ja auch eine ganze Reihe von Fällen, in denen Verhaftete wieder freikamen ...

Leonhard: ... wenige Ausnahmen, etwa 0,1 Prozent der Verhafteten.

Wolf: Also, in unserem Umfeld gab es solche Fälle. Als dann Jeschow verhaftet wurde, dachten wir: Jetzt ist diese schlimme Phase zu Ende.

SPIEGEL: Haben Sie mit Blick auf die totale Politisierung Ihrer Jugend heute das Gefühl, Ihnen sei damals etwas Elementares geraubt worden?

Leonhard: Selbstverständlich, ich habe keine normale Jugend erlebt, mußte vieles vermissen. Andererseits aber war ich Zeuge eines der größten historischen Ereignisse dieses Jahrhunderts.

SPIEGEL: Die große Säuberung von 1936 bis 1938: ein großes, schreckliches Ereignis. Herr Wolf, fanden Sie das große Ereignis auch so schrecklich?

Wolf: Bei mir war das anders. Es war nicht das ganze Leben. Wir waren normale Jugendliche, haben Sport getrieben und getanzt, wir sind zum Schwimmen gefahren und haben Ausflüge gemacht.

SPIEGEL: Hatten Sie auch, wie Herr Leonhard, Ihre Zweifel, ob die in den großen Prozessen angeklagten Kommunisten Verräter sein konnten?

Wolf: Die Zweifel gab es, als beispielsweise von den fünf berühmtesten Marschällen der Sowjetunion drei verhaftet wurden, darunter Tuchatschewski, überhaupt der Held des Bürgerkriegs. Aber dann setzte dieser Verdrängungsmechanismus ein, der uns auch weiter begleitete als ein Teil unseres Lebens. Diese, wie wir heute alle wissen, schreckliche Grausamkeit gegenüber den eigenen Genossen - sie paßte einfach nicht in die Vorstellungswelt auch meiner Eltern und vieler anderer.

SPIEGEL: Was nicht sein durfte, war auch nicht.

Wolf: Es gab ja viele, viele Intellektuelle außerhalb der Sowjetunion, die über den Verlauf der

Prozesse weitaus besser informiert waren als wir und die dennoch weiter fest an die Sowjet-Demokratie glaubten oder zumindest der Überzeugung waren, daß die Sowjetunion der einzige Garant war, Hitler in die Schranken zu weisen. Und Stalin blieb der Mann an der Spitze - Zweifel an ihm gab es nicht, jedenfalls nicht bis zum Abschluß des Hitler-Stalin-Pakts.

Leonhard: Meine Hochachtung gegenüber Stalin war damals doch schon viel geringer als gegenüber Marx, Engels und Lenin. An denen hielt ich eisern fest. Ich kann zwar bestätigen, daß es eben nicht nur diese entsetzliche große Säuberung gab, sondern auch Dinge, über die ich mich freute; aber bei mir überwog doch das Nachdenken, wie so etwas wie die Säuberung geschehen konnte.

SPIEGEL: Sie waren 15, als Ihre Mutter verhaftet und deportiert wurde. Was löste dieser Verlust in Ihnen aus?

Leonhard: Es war der 26. Oktober 1936, es war grauenhaft: Da stand ich plötzlich vor unserem versiegelten Zimmerchen, und kein Mensch sagte mir, was passiert war. Erst neun Monate später, im Sommer 1937, erhielt ich die erste Karte meiner Mutter aus Workuta, neun Jahre war sie im Lager. Kein Einzelfall. Nach und nach wurden alle Lehrer der Karl-Liebknecht-Schule verhaftet, bis 1938 die ganze Schule geschlossen werden mußte.

SPIEGEL: Was hat die Geheimpolizei Ihrer Mutter vorgeworfen?

Leonhard: Sie war seit 1916 im Spartakusbund gewesen und nach der Gründung der KPD von Anfang an dabei. Sie war Kurierin der sowjetischen Vertretung in Deutschland und Anfang der zwanziger Jahre Pressereferentin der sowjetischen Botschaft. Aber 1925 ist sie aus der Kommunistischen Partei ausgetreten, eine revolutionäre Linke. 1935 fuhren wir dann gemeinsam in die Sowjetunion, wo sie sich politisch weitgehend zurückhielt. Ab und zu machte sie kritische Bemerkungen - das reichte. Sie bekam automatisch fünf Jahre. Übrigens nicht, wie meist für "KRD" - "konterrevolutionäre Tätigkeit" -, sondern wegen "KRTD", also "konterrevolutionärer trotzkistischer Tätigkeit".

SPIEGEL: Wie konnte Ihre Mutter erst aus der KP austreten und dann dennoch nach Moskau gehen?

Leonhard: Die berühmte sowjetische Verfassung, die 1935 vorbereitet wurde, hatte ja breitere demokratische Freiheiten versprochen, so daß meine Mutter annahm, alles würde besser werden.

Wolf: Ja, das war ein Phänomen. Meine Eltern waren sehr eng bekannt mit dem berühmten Maler Heinrich Vogeler aus Worpswede, der Anfang der zwanziger Jahre Kommunist geworden war und später als "Versöhnler" aus der KPD ausgeschlossen wurde. Emigriert in die Sowjetunion, kämpfte er in einer Zeit, als die Prozesse schon stattfanden, dafür, wieder in die Partei aufgenommen zu werden. Das läßt sich Menschen heute kaum verständlich machen. Es zeigt aber, wie kompliziert und widersprüchlich die Realität und wie festgefügt unsere Weltanschauung war.

SPIEGEL: Die Weltanschauung war zum Glauben geworden - lag es daran?

Wolf: Sie hatte vieles von einem Glauben an sich.

Leonhard: Es war ein tief verwurzelter Glaube, der aber als Wissenschaft bezeichnet wurde. Es gibt kaum etwas, was ich mehr verinnerlicht habe als diese Behauptung. Alle anderen Richtungen in der Politik, so hieß es, verfolgten Interessen oder hätten egoistische Programme. Bei uns aber handele es sich um eine Wissenschaft. So wie Physik und Chemie klare Antworten gäben, so gebe auch der Marxismus - seit November 1938 der Marxismus-Leninismus - wissenschaftliche Antworten.

Wolf: Ich glaube das heute noch.

Leonhard: Ich nicht. Ich habe damals freiwillig Lenin gelesen, also ohne dazu gezwungen worden zu sein, und entdeckte natürlich, daß bei Lenin die Dinge doch sehr viel anders standen als in den apodiktischen Thesen Stalins.

SPIEGEL: Wenn nun aber jemand aufgestanden wäre und gesagt hätte, auch bei Lenin scheint mir einiges sehr widersprüchlich oder unlogisch, was dann?

Wolf: Das kam nicht in Frage. Und dennoch habe ich auch bei Lenin selbständig zu denken gelernt.

SPIEGEL: Der Gott durfte nicht kritisiert werden. Zumindest in dieser Hinsicht waren sich Kommunismus und Faschismus offenbar sehr ähnlich.

Leonhard: Moment, die Wurzeln des Nationalsozialismus und des Leninismus-Stalinismus waren total verschieden. Dem Nationalsozialismus ist es ferner nie gelungen, außerhalb Deutschlands nennenswerte Schriftsteller und Wissenschaftler zu gewinnen. Beim Stalinismus war das in großem Ausmaß der Fall. Ähnlichkeiten gibt es aber in der Machtausübung: die Vorherrschaft einer Partei, die völlige Unterordnung der Medien unter die Zielsetzung des Regimes, die Militarisierung, der Staatssicherheitsdienst - darin waren sich beide ähnlich.

Wolf: Da sträubt sich bei mir natürlich alles. Ich bin in dieser Frage sehr empfindlich, weil sie heute immer mit einem Vergleich Hitler-Diktatur/DDR-Diktatur verbunden wird.

SPIEGEL: Keinerlei Ähnlichkeiten?

Wolf: Hitler hat einschließlich des Holocaust konsequent die Ziele verwirklicht, die er mehr oder weniger offen in "Mein Kampf" dargelegt hatte. Die Verbrechen unter Stalin waren aber das Gegenteil von dem, was die Vordenker des Kommunismus und Stalin selbst gelehrt hatten.

SPIEGEL: Der Nationalsozialismus war eine europäische Menschheitskatastrophe - der Stalinismus ebenfalls?

Wolf: Das kann man so sagen.

SPIEGEL: Auch, daß Stalin mehr Kommunisten umgebracht hat als Hitler?

Wolf: Das ist richtig.

Leonhard: Es gibt aber noch weitere wichtige Unterschiede zwischen beiden Tyrannen: Die nationalsozialistische Diktatur war untrennbar mit der Person Adolf Hitlers verbunden. Als es ihn nicht mehr gab, brach alles zusammen. Die kommunistische Diktatur war trotz aller Stalin-Verherrlichung nicht unmittelbar mit dem Namen Stalins verbunden; sie existierte ja noch 30 Jahre länger als Stalin. Und: Der Nationalsozialismus hatte keine Kräfte, die das System von innen reformieren konnten.

SPIEGEL: So stark waren die Reformkräfte im Kommunismus aber auch wieder nicht.

Leonhard: Das kommunistische System, von Stalin übernommen, wurde immerhin zweimal tiefgreifend reformiert, wenn auch mit Rückschlägen und Einseitigkeiten: von Chruschtschow in der Entstalinisierung von 1953 bis 1964 und von Michail Gorbatschow, beginnend im März 1985. Und ferner:

Nach Titos Bruch mit Moskau 1948 gab es in Jugoslawien die ersten 10, 15 Jahre eine beachtliche Liberalisierung und Demokratisierung. Es gab die ungarische Revolution 1956, geführt von Reform-Kommunisten, die einen neuen Weg suchten. Und es gab den größten Reformversuch überhaupt, das war der Prager Frühling von Januar bis 21. August 1968. Mit einer prägnanten Klarheit der Programmatik und Zielsetzung und der sofortigen Verwirklichung begann sich damals ein Sozialismus mit menschlichem Antlitz herauszubilden.

SPIEGEL: War das System Lenins und Stalins in sich veränderbar, ohne den Kern des Kommunismus aufzugeben, aus dem es nun mal bestand?

Wolf: Das ist natürlich eine spekulative und schmerzhafteste Frage. Ich stelle sie mir immer wieder, weil ich ja - im Unterschied zu Wolfgang - sehr lange in dieses System integriert war, immer in der Hoffnung, es sei reformierbar in dem Sinne, wie wir uns das vorstellten, nämlich Demokratie mit Sozialismus zu verbinden. Ich weiß bis heute keine schlüssige Antwort. Dennoch glaube ich, daß der dialektische Materialismus ein Mittel ist, die historischen Prozesse richtig zu verstehen.

Leonhard: 1949, als ich unter Lebensgefahr aus der Sowjetzone geflohen bin, war ich nur ein Gegner Stalins, des Stalinismus und des Ulbricht-Systems. Von allem anderen, von Marx, Engels und Lenin, war ich noch fest überzeugt. Erst schrittweise, im Verlauf des nächsten Jahrzehnts, habe ich mich dann gelöst. Ich würde mir sehr wünschen, daß heute manche Westsis ein bißchen mehr Geduld mit den Ostdeutschen hätten, bis sie zu neuen Schlußfolgerungen kommen.

Wolf: Und wo bist du heute angekommen?

Leonhard: Ich bin jetzt der festen Überzeugung, daß es keine Ideologie gibt, die in der Lage ist, alle Probleme aller Völker in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu erklären, und politische Theorien keine Wissenschaften sind. Ich selbst bin heute ein progressiver Demokrat, das heißt, ich würde mir eine Revitalisierung der Demokratie wünschen.

SPIEGEL: Und wo sind Sie angekommen, Herr Wolf?

Wolf: Ich bin noch dabei nachzudenken. Ich habe viel damit zu tun, die eigene Geschichte, das eigene Leben kritisch zu betrachten. Daß der Versuch, ein sozialistisches System zu etablieren, gescheitert ist, haben wir uns vor allem selbst zuzuschreiben. Aber ich habe ernste Zweifel daran, ob die Probleme der Menschheit mit etwas mehr kapitalistischer Demokratie zu lösen sind: daß die Reichen mit mehr Kapital noch mehr Macht anhäufen und damit die politischen Verhältnisse von einer Minderheit bestimmt werden - aber ich will jetzt hier keinen marxistischen Vortrag halten.

SPIEGEL: Herr Leonhard, war es für Sie eine Zäsur, als der große Faschistenführer Hitler 1939 mit dem großen Sowjet-Führer Stalin überraschend einen Pakt schloß?

Leonhard: Nach den Säuberungen war für mich der Hitler-Stalin-Pakt ein unglaublicher Schock, ein Ansporn für weiteres kritisches Denken.

SPIEGEL: Was veränderte sich in der Sowjetunion und für Sie persönlich?

Leonhard: Ich erinnere mich genau: Am 23. August 1939 waren wir, eine Gruppe von inzwischen schon recht erwachsenen 17- bis 18jährigen, im Urlaub am Asowschen Meer. Da wurde das Jugendheim Nummer 6 für die Kinder und Jugendlichen deutscher und österreichischer Emigranten aufgelöst. Es gab plötzlich keinen Faschismus mehr. Und ohne Faschismus gab es auch keine Antifaschisten und keine Kinder von Antifaschisten mehr. Verschwunden!

Am nächsten Tag sah ich, wie die antifaschistischen Filme aus allen Kinos entfernt waren; "Professor Mamlock" etwa, nach dem Stück von Friedrich Wolf - weg! Am nächsten Tag waren aus der Bibliothek für ausländische Literatur die Bücher antifaschistischer deutscher Schriftsteller ausgesondert. Kurz darauf entdeckte ich dafür die Brennessel, eine Nazi-Zeitung.

Wolf: Zu der Zeit studierte ich schon, ich war als aktives Komsomol-Mitglied Agitator, ich sollte Arbeiter aufklären. Ich sagte, beim Hitler-Stalin-Pakt handele es sich um einen notwendigen Schritt, die unmittelbare Konfrontation der Sowjetunion mit der Macht Hitler-Deutschlands zu vermeiden und uns gegen die Intrigen der Westmächte zu schützen. Die spätere Rede Molotows im Obersten Sowjet aus Anlaß des zweiten deutsch-sowjetischen Vertrages enthielt aber Passagen, die ich absolut nicht akzeptieren konnte.

SPIEGEL: Was sagte der sowjetische Außenminister?

Wolf: Er sprach offen von freundschaftlichen Beziehungen und von einem gerechten Krieg, den Deutschland führe. Das hat mich so beeindruckt, daß ich die kleine Broschüre mit dieser Rede bis heute aufbewahrt habe. Im Juni 1941 kam aber schon bald der für uns, glaube ich, wichtigste Einschnitt im Leben: der Krieg. Da waren sich alle einig: Die Hitler-Wehrmacht mußte gestoppt, Hitler geschlagen werden, koste es, was es wolle. Erst später stellten sich Zweifel ein: Wie war es möglich, daß Stalin alle Warnungen, etwa von Richard Sorge und der Roten Kapelle, die den bevorstehenden Überfall auf die Sowjetunion angekündigt hatten, in den Wind schlug?

Leonhard: Die Frage kann ich dir beantworten. Stalin hatte sein eigenes Denken auf Hitler übertragen und sich gesagt: Hitler kann doch nicht so dumm sein, wenn er gegen England und Frankreich Krieg führt und bald vielleicht auch noch gegen die USA, die Sowjetunion anzugreifen und damit einen Zwei-Fronten-Krieg heraufzubeschwören. Stalin selbst würde so etwas nie getan haben. Er konnte sich nicht vorstellen, daß Hitler seinen eigenen Untergang herbeiführt, indem er die Sowjetunion angreift.

SPIEGEL: Konnten Sie es sich vorstellen?

Leonhard: Nein, ich stand mitten im Examen, als am 22. Juni 1941 um vier Uhr der Rundfunk die Hörer aufforderte: "Bleiben Sie am Rundfunk. Um 12 Uhr wird Molotow sprechen. Bleiben Sie am Apparat." Wir diskutierten sofort und sagten, das bedeutet Krieg. Bloß, wer konnte wohl die Sowjetunion angreifen? Die allgemeine Meinung war: entweder Japan oder England. Niemand kam auf Hitler-Deutschland.

Um 12 Uhr sprach dann Molotow. Ich erinnere mich noch, wie wir zusammenzuckten, weil plötzlich der Begriff Faschismus wieder da war. Zwei Jahre lang hatte es ja keinen Faschismus gegeben, nun gab es ihn wieder. Dann begann der Krieg, und im Moment des Krieges rückten bei mir und sicher bei vielen anderen die große Säuberung und der Hitler-Stalin-Pakt in den Hintergrund. Nun gab es nur eins: den Kampf gegen den Hitler-Faschismus.

SPIEGEL: Im Bund mit den verachteten Vormächten des Kapitalismus.

Leonhard: Ja, aber dieser Kampf verband sich mit der Hoffnung, daß es nach dem Sieg auch in der Sowjetunion freier und toleranter zugehen würde.

Wolf: Bald nach Kriegsausbruch erlebten wir eine große Enttäuschung: daß die deutsche Arbeiterklasse Hitler nicht ins Räderwerk fuhr, daß die Soldaten der Hitler-Wehrmacht nicht in großer Zahl zur Roten Armee überliefen, wie auch meine Eltern geglaubt hatten.

SPIEGEL: Sie beide trafen sich 1942 wieder in der Komintern-Schule in Baschkirien, wo Sie zu Agenten ausgebildet wurden.

Leonhard: Landwirtschaftliche Fachschule war der offizielle Name. Jeder von uns mußte sich als erstes einen Parteinamen wählen, den wir während des ganzen Lehrgangs benutzen sollten und niemals - unter keinen Umständen! - den richtigen Namen. Ich war Wolfgang Linden, Mischa Wolf hieß Kurt Förster.

SPIEGEL: Was lernten Sie?

Leonhard: Viel Geschichte, vor allem kommunistische, dann Marxismus-Leninismus, und schließlich gab es Waffenkunde, für den Einsatz als eventuelle Politkommissare beim Partisanenkampf.

SPIEGEL: Und was war verboten?

Leonhard: Wir durften nichts über Trotzki oder Bucharin erfahren, die oppositionellen Kommunisten. Das war tabu. Befremdlich war für mich auch die Selbstkritik, die jeder von uns zu üben hatte: Die unschuldigsten Äußerungen wurden zu ganzen Konzeptionen erweitert und diese nie geäußerten Konzeptionen auch noch als Wirklichkeit hingestellt.

SPIEGEL: Zum Beispiel?

Wolf: Wir hatten einen älteren deutschen Kommunisten in unserer Gruppe, Willy Radensleben. Auf der Schule hieß er Roter. In einer dieser idiotischen abstrakten Diskussionen tauchte die Frage auf, wie man sich als in die Hitler-Wehrmacht eingeschleuster Agent zu verhalten habe, wenn die Erschießung von Sowjetbürgern befohlen wird. Schießt man mit und tötet Sowjetbürger? Oder weigert man sich, macht sich dadurch verdächtig und gefährdet die Aufgabe?

SPIEGEL: Man schießt?

Wolf: Das sagte Willy, weil er meinte, die Konspiration habe unter allen Umständen vorzugehen. So wurde seine Äußerung von einem der Lehrer ausgelegt. Wir redeten auf Willy ein: "Erkläre, daß du Mist gesagt hast." Er aber blieb stur und sagte sogar: "Ich pfeife auf die Par-

teidisziplin."

Leonhard: Er flog von der Schule und kam nach Kasachstan, nach Ossokarowka, 120 Kilometer nördlich von Karaganda.

SPIEGEL: Was lernten Sie praktisch auf der Komintern-Schule?

Wolf: Wir wurden ausgebildet, um am aktiven Kampf gegen den Hitler-Faschismus teilzunehmen, also illegale Parteiarbeit zu leisten, kommunistische Gruppen mit aufzubauen, Verbindungen aufzunehmen und so weiter.

SPIEGEL: Ziemlich lebensgefährlich.

Wolf: Ja, wir haben unser Leben wahrscheinlich unseren Vorgängern zu verdanken, die tatsächlich nach Abschluß der Schule mit Fallschirmen über Deutschland absprangen, aber alle in die Fallen der Gestapo oder der militärischen Abwehr gerieten. Zu unserem Glück war das schon bekannt, als wir den Lehrgang im Sommer 1943 beendeten, so daß dann der Entschluß gefaßt wurde, uns nicht mehr im deutschen Hinterland einzusetzen. Unsere zweite Aufgabe war, nach Kriegsende ein antifaschistisches, demokratisches Deutschland aufzubauen.

SPIEGEL: Also ein kommunistisches.

Wolf: Nein, wir hatten damals gelehrt bekommen, daß die KPD-Losung der dreißiger Jahre, die Sozialdemokraten seien Sozialfaschisten - also die Gegnerschaft zwischen KPD und SPD -, ein Fehler gewesen sei.

Leonhard: Zu dieser Zeit war die Parole, daß es eine breite Bündnispolitik antifaschistisch-demokratischer Kräfte geben sollte.

SPIEGEL: Am 30. April 1945 sind Sie, Herr Leonhard, mit der Gruppe Ulbricht aus Moskau Richtung Berlin geflogen. Sie waren gerade 24 geworden. Sie, Herr Wolf, sind drei Wochen später hingeflogen.

Leonhard: Die Tätigkeit in der Gruppe Ulbricht schien mir damals durchaus richtig und vernünftig zu sein, nämlich mitzuhelfen beim Aufbau der 20 Bezirksverwaltungen Berlins und anschließend bei der Bildung des Magistrats von Gesamt-Berlin - damals sagte man noch Groß-Berlin. Am 9. Juni 1945 sagte Ulbricht: "Jetzt wird die Kommunistische Partei neu gegründet." Dann aber auch, und das habe ich in mir aufgesogen: "Wir müssen mithelfen bei der Gründung anderer antifaschistisch-demokratischer Parteien."

SPIEGEL: Glaubten Sie damals, daß Ulbricht tatsächlich eine parlamentarische Demokratie wollte?

Leonhard: Unter den Kommunisten gab es große Unterschiede. Bei Leuten wie Ulbricht, Winzer und Gyptner war es wohl nur Taktik für die Zeit, in der sie noch keinen eigenen Apparat aufgebaut hatten. Es gab aber auch Kommunisten, die von der Demokratie-Idee zutiefst durchdrungen waren, dazu würde ich Anton Ackermann zählen, aber auch viele meiner Freunde. Wir glaubten an eine antifaschistisch-demokratische Republik.

Wolf: Ich wurde mit 22 Jahren plötzlich Chefredakteur der politischen Redaktion beim Berliner Rundfunk. Die damals zugelassenen vier Parteien, das heißt ihre führenden Leute, hatten ihre jeweilige Sendezeit - ich glaube, wöchentlich 15 Minuten -, um ihre Positionen darzustellen. Natürlich gab es eine sowjetische Zensur für alle Sendungen. Aber ich erinnere mich nicht - bis auf ein Beispiel -, daß die Sowjets in die Manuskripte der Vertreter der anderen Parteien eingegriffen hätten.

SPIEGEL: Welches war der Eingriffsfall?

Wolf: Als die Bodenreform kam, sprach sich der frühere Zentrums Politiker Andreas Hermes dagegen aus, so wie sie geplant und durchgeführt wurde. Diesen Kommentar strich der sowjetische Kontrolloffizier.

SPIEGEL: Wann merkten Sie, daß aus der parlamentarischen Demokratie nichts werden würde?

Leonhard: Im September 1947, auf dem II. Parteitag der SED, dem ich beiwohnte. Als plötz-

lich Suslow aus der Sowjetunion kam und Hermann Matern ihn überschwänglich hochleben ließ - da begannen sich bei mir Zweifel einzustellen. Ich war damals Lehrer an der SED-Parteihochschule "Karl Marx". Seit dem Frühjahr 1948 wurde meine Einstellung immer kritischer und kritischer.

SPIEGEL: Gab es einen wirklichen Einschnitt?

Leonhard: Ein unglaublicher Schock war für mich die Errichtung der Zentralen Partei-Kontrollkommission unter Hermann Matern und der Länder-Partei-Kontrollkommissionen. "Kontrollkommissionen" - das Wort kannte ich aus der Sowjetunion. Im Juli 1948 kam dann die Säuberung der Partei von sogenannten parteifeindlichen und sowjetfeindlichen Elementen. Im August wurde verordnet, der "Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU" müsse im Zentrum der Schulung stehen. Da wurde mir plötzlich bewußt: Hier bist du nicht beim Aufbau einer antifaschistischen, parlamentarischen, demokratischen Republik, hier bist du vielmehr dabei, den Stalinismus auf deutschem Boden zu errichten.

SPIEGEL: Herr Wolf, die Errichtung der Partei-Kontrollkommission war für Sie nicht beunruhigend?

Wolf: Nein. Ich wußte, daß es in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion immer eine Partei-Kontrollkommission gegeben hatte. Das war für mich eine Strukturfrage. Im übrigen ist diese Zeit vor allem gekennzeichnet durch den Beginn des Kalten Krieges. Ich erinnere mich an eine Wahlkundgebung der SPD - das muß im Oktober 1946 gewesen sein - in den Messehallen am Funkturm, da fand eine unvorstellbare antikommunistische Hetze statt - anders kann ich's nicht sagen. Und zwar aus dem Munde führender Sozialdemokraten, in einem Ton, den ich mir eigentlich nur aus den Erzählungen über die Nazizeit vorstellen konnte.

SPIEGEL: Wer hat da geredet?

Wolf: Ernst Reuter sagte: "Wir werden die Zeit erleben, wenn unsere Züge wieder fahren werden nach Breslau und nach Königsberg", und Studenten riefen dazwischen "ins Massengrab", sie wurden verprügelt und rausgeschmissen.

SPIEGEL: Sind Sie beide damals öfter zusammengekommen?

Wolf: Ich erinnere mich an das einzige Gespräch, das wir in Groß-Glienicke hatten. Wolfgang berichtete damals begeistert über seine Eindrücke von Jugoslawien, so begeistert, daß wir Zweifel hatten, ob er alles richtig wahrgenommen habe, etwa daß die kommunistische Partei gar nicht mehr als führende Kraft in Erscheinung trete.

SPIEGEL: Weshalb waren Sie so begeistert von Titos Reich, Herr Leonhard?

Leonhard: Ich sah ein Land und eine Partei, die einen selbständigen, einen eigenständigen Weg gingen, sie schienen meine Sehnsucht nach einem anderen Modell des Sozialismus voll zu erfüllen. Als dann am 28. Juni 1948 die Moskauer Erklärung gegen die jugoslawischen Kommunisten kam, war das für mich der Bruch. Von da an - ich war häufig mit Jugoslawen zusammen - bereitete ich schon meine Flucht vor.

SPIEGEL: Direkt nach Belgrad?

Leonhard: Ich hätte ganz einfach über West-Berlin fliehen können. Aber ich wollte verdeutlichen, daß ich nach wie vor ein Anhänger von Marx, Engels und Lenin war, nur gegen das Stalin-System und das Ulbricht-System. Da hatte ich die Idee, aus der Sowjetzone Deutschlands erst in die Tschechoslowakei zu fliehen und von dort nach Jugoslawien. Ich kam am 25. März 1949 an.

SPIEGEL: Sie, Herr Wolf, blieben in der Sowjetzone. Störte Sie denn der aufkommende Stalin-Kult?

Wolf: Einem deutschen Kommunisten war die Verherrlichung Stalins schon sehr wesensfremd. Sie widerspricht ja auch dem Marxismus. Marx war bekanntlich sogar ein Gegner des Kults um seine Person.

SPIEGEL: Wie konnten Sie Ihren Radiohörern da Stalin nahebringen?

Wolf: Ich habe versucht, das zu erklären, indem ich meinen Hörern sagte: "Man muß das so verstehen: Das russische Volk brauchte eine starke Gestalt, um in dieser schweren Zeit der Auseinandersetzung zu bestehen." Da wurde ich von Anton Ackermann gerügt. Er sagte: "Das ist das persönliche Genie Stalins, wir müssen dieses persönliche Genie Stalins betonen." Ich habe es trotzdem nicht gemacht, aber auch nicht mehr das Gegenteil davon gesagt.

SPIEGEL: Was war sonst noch tabu im Rundfunk der SBZ?

Wolf: Die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Einmarsch der Roten Armee in Ostdeutschland, also die Vergewaltigungen und anderen Brutalitäten, dann das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR - wir haben darunter gelitten, über diese Fragen nicht offen sprechen zu können.

SPIEGEL: Und als dann Tito verdammt wurde, haben Sie da auch gelitten?

Wolf: Wir empfanden großes Unbehagen. Ich hatte auch meine Zweifel, ob die angeführten Gründe die wirklichen waren. Aber es gab für mich kein Forum, wo ich Fragen hätte stellen können.

SPIEGEL: Als Sie hörten, daß Wolfgang Leonhard nach Jugoslawien gegangen war, was ging Ihnen da durch den Kopf?

Wolf: Das war erst mal eine große Überraschung. Dann war es für mich - aus der damaligen Sicht - Verrat, ein Wechsel der Fronten, undenkbar für mich. Er war für mich übergelaufen zur anderen Seite. Inzwischen respektiere ich Wolfgangs Position längst.

Leonhard: Ich muß jetzt aber mal ganz klar sagen: Jugoslawien stand eben nicht auf der anderen Seite, Jugoslawien verwirklichte ein eigenständiges Modell einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.

SPIEGEL: Herr Wolf, Sie waren, so hat Wolfgang Leonhard über Sie einmal geschrieben, der Typ des klugen, ruhigen, im Hintergrund stehenden Funktionärs, der das, wofür die anderen Genossen kämpften, nur als eine große Schachpartie ansah. Fühlen Sie sich durch diese Charakterisierung getroffen?

Wolf: Ich muß sicher nicht sagen, daß ich mich selbst nicht so sehe. Erwarten Sie von mir jetzt nicht eine Selbstdarstellung.

SPIEGEL: Als der 17. Juni 1953 kam, der Ost-Berliner Arbeiter-Aufstand - keine Zäsur für Sie, Herr Wolf?

Wolf: Der 17. Juni war für mich kein konterrevolutionärer Putsch, wie er in der offiziellen Sprachregelung genannt wurde. Ich war damals schon beim Nachrichtendienst und habe unsere eigenen Ursachen und Fehler durchaus gesehen.

Leonhard: Unvergeßlich für mich in Jugoslawien, als Kardelj, der zweite Mann nach Tito, sagte, es handele sich um ein Aufbegehren gegen das stalinistische System. Für Jugoslawien bleibe die rote Fahne ein Symbol der Befreiung, aber in Ost-Berlin sei sie das Symbol der sowjetischen Unterdrückung.

SPIEGEL: Und wie war's, als Chruschtschow 1956 Stalin verurteilte? Wußten Sie da schon alles, was er von Stalins Untaten enthüllte?

Leonhard: Die Tatsachen kannte ich längst. Dennoch war die Rede Chruschtschows für mich eine unglaubliche Freude. Jetzt, so hoffte ich damals, beginnen die Reformen, auf die ich so lange gewartet hatte.

SPIEGEL: Für Sie war die Freude über Chruschtschow nicht ganz so groß, Herr Wolf.

Wolf: Doch, verrückt ist es damals bei uns zugegangen: Auf einer Parteikonferenz verlas Ulbricht die von ihm selbst zensierte Rede Chruschtschows sozusagen vertraulich, wo doch jeder den vollen Text aus den ja nur uns zugänglichen West-Zeitungen längst kannte.

SPIEGEL: Hat Ulbricht die Chruschtschow-Rede kommentiert?

Wolf: Nein, es sollte eine Fehler-Diskussion geben. Als auf einer Kollegiumssitzung im Ministerium für Staatssicherheit unter dem Minister Ernst Wollweber um Meinungen gebeten

wurde, meldete ich mich als erster zu Wort und sprach von der Erleichterung, die ich empfände, daß nun endlich alles ausgesprochen werde, was uns die ganzen Jahre bedrückt und verfolgt hatte. Worauf Mielke sofort das Wort ergriff und sich sehr heftig gegen mich wandte: Er habe sich nie bedrückt gefühlt, und solche Exzesse wie in der Sowjetunion seien ja in der DDR auch nicht passiert. Stalin bleibe eben doch der Mann, der Hitler das Genick gebrochen habe und dem das deutsche Volk seine Befreiung verdanke.

SPIEGEL: Was war Ihnen neu?

Wolf: Ich wußte natürlich vieles, aber in dieser massiven Darstellung - wie viele Mitglieder des Zentralkomitees und wie viele Kommandeure der Roten Armee umgebracht und wie die Verhöre durchgeführt worden waren -, das war mir neu. Spontan habe ich damals das Stalin-Bild in meiner Wohnung - ein berühmtes Bild, wo der gütige Vater sein Pfeifchen anzündet - von der Wand genommen und in die Ecke geschleudert.

SPIEGEL: Das war ja theaterreif. Haben Sie's wieder aufgehängt?

Wolf: Nein. Das Glas war zerbrochen, und Stalin war für mich auch als Mensch erledigt. Es gab ja dann später immer wieder Versuche, in der Sowjetunion wie in der DDR, besonders auch von Mielke, Stalin als den großen Heerführer und Sieger im Großen Vaterländischen Krieg hochleben zu lassen. Ich bin öfter dagestanden ...

SPIEGEL: ... und haben Sie protestiert?

Wolf: Ich habe den Mund nicht aufgemacht, aber jeder im Ministerium kannte meine Position.

SPIEGEL: Herr Leonhard, hat es Sie überrascht zu sehen, daß der Hitler-Flüchtling Markus Wolf in der DDR ausgerechnet bei der Staatssicherheit reüssierte?

Leonhard: Ja, ich hatte damit gerechnet, daß Markus Wolf eine wichtige Rolle in der Diplomatie oder der Kultur der DDR spielen würde, etwa als Minister für Kultur oder Staatssekretär für Literatur und Kunst. Da war es - das wird Mischa verstehen - für mich schon ein Schock, wofür er sich entschieden hatte. Ich war erschrocken, als ich ihn auf Bildern sogar in Uniform sah.

SPIEGEL: Herr Wolf, als Glanzstück Ihrer Karriere in der DDR gilt die Plazierung des DDR-Spions Günter Guillaume in der unmittelbaren Umgebung Willy Brandts. Was hat Guillaume Ihnen eigentlich genutzt, außer daß er zum Sturz Brandts beitrug?

Wolf: Am Ende hat er etwas ganz Negatives ausgelöst, als er aufflog. Aber die Informationen, die Guillaume neben vielen anderen geliefert hat, haben wesentlich geholfen, daß die DDR, aber auch Moskau, von der absolut feindlichen Haltung gegenüber der Sozialdemokratie abgerückt ist.

In den Vorstellungen Honeckers und seines Kreises war die Bonner Ostpolitik ja eine Diversionpolitik gegenüber der DDR. Dank auch Guillaume begriffen diese Kreise, daß sie auch ein Element der Entspannung und der Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten enthielt.

SPIEGEL: Wann kam der Zeitpunkt, als Sie ahnten, dieses Regime sei dennoch nicht zu retten?

Wolf: An einen solchen Zeitpunkt erinnere ich mich nicht, wohl aber daran, daß ich Zweifel hatte, ob meine Tätigkeit noch einen Nutzen und Sinn haben würde.

SPIEGEL: Zweifel an welchem Nutzen und Sinn?

Wolf: Ich glaubte noch bis zum 9. November 1989, wenn auch nicht mehr sehr überzeugt, an die Möglichkeit der grundlegenden Reformierbarkeit dieses sozialistischen Systems. Und die Zweifel mehrten sich.

SPIEGEL: Aber dabei blieb es dann auch.

Wolf: Ich habe mich durchaus gefragt, ob die Zweifel am Funktionieren des Systems nicht ein Maß erreicht hätten, wo man etwas tun muß. Seit Mitte der siebziger Jahre sah ich, wie dieses Ministerium, dem ich angehörte, mit Robert Havemann umging. Das empfand ich als schlecht

für die gesamte weitere Entwicklung in diesem Land.

SPIEGEL: Günter Mittag, der Wirtschaftsexperte im Politbüro, hat mal gesagt, er habe seit spätestens 1981 gewußt, daß die DDR wirtschaftlich am Ende gewesen sei. War auch Ihnen der wirtschaftliche Bankrott der DDR zu diesem relativ frühen Zeitpunkt klar?

Wolf: Na ja, nicht der Bankrott. Aber der Außenhandelsminister hatte mir damals schon gesagt: Wir gehen pleite, wenn wir so weitermachen mit den Krediten. Wir zahlen ja jetzt schon mehr an Zinsen, als unser ganzer Zuwachs an Bruttosozialprodukt ausmacht.

SPIEGEL: Warum sind Sie nie ins ZK gekommen?

Wolf: Da gab es eine Art Konsens zwischen mir und Mielke: Er wollte mich nicht drinhaben, freilich aus anderen Gründen als denen, derentwegen ich nicht drinsein wollte. Ich hätte entweder im Zentralkomitee gesessen und wie viele andere den Mund nicht aufgemacht - dann wäre ich dringeblichen -, oder, was wahrscheinlicher gewesen wäre, ich hätte den Mund aufgemacht, hätte gar nichts bewirkt und wäre wieder draußen gewesen.

SPIEGEL: Herr Leonhard, nehmen Sie Markus Wolf ab, daß er als hochrangiger Vertreter des Repressionsapparats ein latenter Reformler gewesen ist, der nicht zum Zuge kam?

Leonhard: Ich kann mir das gut vorstellen. Markus Wolf war ja nicht der einzige in einer solchen zwielfichtigen Position. In allen Ländern des sogenannten realen Sozialismus gab es Menschen, die zu den obersten Gremien gehörten und damit auch für die Repression verantwortlich waren, die aber gleichzeitig kritische Gedanken hatten und Lockerungen oder Reformen wünschten. Für mich ist aber schwer verständlich, wie jemand nach zehn Lebensjahren in der Sowjetunion und den Erfahrungen in der DDR die Abkehr vom System erst so spät vollziehen konnte, nämlich erst 1986/87.

Wolf: Meinen Antrag auf Berentung hatte ich schon 1983 gestellt. Immerhin aber hatte ich ja auch eine Aufgabe, die ich für legitim und notwendig hielt: die Pläne und Absichten der anderen Seite kennenzulernen und die politische Führung, nicht nur in Berlin, sondern auch Moskau, darüber zu informieren.

Das war mein Arbeitsfeld, das war, wenn Sie so wollen, meine Nische, so komisch das in dem Zusammenhang auch klingen mag.

SPIEGEL: Der zweite Mann der Staatssicherheit arbeitet in der regimefernen Nische - das klingt nicht nur komisch, sondern erfunden.

Wolf: Mir wäre es als Desertion erschienen, wenn ich den Weg von Wolfgang Leonhard eingeschlagen hätte.

SPIEGEL: Aber Ihr Rentenantrag schon im Jahre 1983 war doch auch eine Art Desertion?

Wolf: Sicher, ja.

Leonhard: Warum so spät?

Wolf: Schon der Antrag war ja 1983 ein Politikum. Und als mein Ausscheiden aus dem Dienst im Februar oder März 1987 bekanntgegeben wurde, war es immer noch ein Politikum, fast sensationell. Da fragten viele: Wie kommt der Mann dazu, aus Altersgründen so früh aufzuhören?

SPIEGEL: Da waren Sie 64 Jahre alt.

Wolf: Wenn man das Alter des damaligen Ministers und der anderen Politbüro-Mitglieder berücksichtigt, war das eine Provokation. Aber: Ich sah keine Möglichkeit mehr, in der Tätigkeit, die ich ausübte, irgend etwas beeinflussen zu können. Die Informationen, die wir gaben, wurden ja nur dann zur Kenntnis genommen, wenn sie mit der vorherrschenden Meinung der Führung übereinstimmten. Das ist wahrscheinlich bei den westlichen Diensten nicht anders.

SPIEGEL: Manche vermuteten damals, Sie und andere würden im Auftrage Michail Gorbatschows eine politische Alternative zu Honecker ausbauen. Wäre es ohne Gorbatschow zum Untergang der Sowjetunion und der DDR nicht gekommen?

Wolf: Er wäre ohne Gorbatschow wohl auch nicht vermieden worden, aber anders vorstellbar

gewesen. Es hätte zum Beispiel in Deutschland eine längerfristig konzipierte Vereinigung von zwei gleichberechtigten Staaten geben können.

Leonhard: Ich habe große Bewunderung für Michail Gorbatschow, der im Breschnew-System aufgewachsen war, aber kritische Reformgedanken schon lange hatte. Er hat seit März 1985 sehr mutig und entschlossen versucht, diese Reformen zu verwirklichen in einem ständigen Kampf gegen die Betonköpfe. Zweifellos hat er dabei sehr viele Fehler gemacht: Er hat manche Probleme unterschätzt, vor allem die Wirtschaftsreform, auch das Nationalitätenproblem. Aber im großen und ganzen war sein Wirken positiv. Das Hauptproblem lag in etwas anderem: Die Reformen kamen zu spät.

SPIEGEL: Was wäre früher besser gewesen?

Leonhard: Ich bin bis heute der Meinung, daß der Prager Frühling 1968 wahrscheinlich die letzte Chance war, das bürokratisch-diktatorische östliche System in ein pluralistisches Sozialismus-Modell zu verwandeln. Eine ganze Generation später war alles noch verkalkter, noch verbürokratisierter, mit noch egoistischeren, machthungrigeren Funktionären und noch weniger Glauben der Menschen an einen veränderten, besseren Sozialismus.

Wolf: Ich galt in der DDR als einer der größten Anhänger Gorbatschows, und das war ich auch. Ich habe in einem ARD-Fernsehinterview im Frühjahr 1989 auf die Frage, was ich von Gorbatschow halte, gesagt: Ich bin froh und glücklich, daß es ihn gibt. Das wurde zum Thema auf einer Sitzung des Politbüros.

Gewiß wäre in der DDR ein Prager Frühling ohne die entsprechenden Vorgänge in Moskau nicht möglich gewesen. Jedenfalls war unsere einzige Hoffnung, daß von Moskau aus ein neuer Wind wehen würde. Daß die Perestroika und Gorbatschow gescheitert sind, empfinde ich als sehr schmerzlich.

SPIEGEL: Aber Gorbatschow gab die DDR preis.

Wolf: Ja, das betrachte ich in der Tat als Verrat an den Menschen, die jahrzehntelang die treuesten Verbündeten der Sowjetunion gewesen waren.

SPIEGEL: Eine derartig radikale Preisgabe des ganzen Glacis der alten Sowjetunion war doch auch ein kühner Entschluß.

Wolf: Diese Art der Annäherung an das imperialistische Amerika und der Versuch, das Wirtschaftssystem der USA zu übernehmen, waren eher schädlich als kühn. Damit wurde jede Vorstellung von der Möglichkeit einer sozialistischen Alternative aufgegeben.

SPIEGEL: Herr Leonhard, Herr Wolf, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.<<

18.07.1996

Rumänien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Juli 1996: >>In den Dörfern wird es einsam

Immer mehr Siebenbürger Sachsen zieht es aus Rumänien nach Deutschland

... Allein 1990, im Jahr nach dem Sturz vom Staatspräsidenten Nicolae Ceausescu, siedelten 120.000 Rumäniendeutsche in die Bundesrepublik über. Die Zahl hat sich inzwischen auf 6.000 jährlich eingependelt. Aber die Landstriche, in denen vormals noch 210.000 Menschen Deutsch als ihre Muttersprache angaben, sind ausgeblutet.

Die bäuerliche Romantik in Rumänien sollte nicht täuschen. Auf dem Land hat kaum jemand fließend Wasser: Waschschüssel und Plumpsklosett sind üblich. Autos gibt es kaum. Nur Pferdefuhrwerke, die morgens zu Dutzenden durch die Orte donnern, ermöglichen eine gewisse Beweglichkeit. Deutschland erscheint den Menschen in Rumänien als goldenes Paradies.

... Das Land, das die Deutschen nach der politischen Wende zurückbekommen haben, liegt in großen Flächen brach. Es fehlen Arbeitskräfte.

Das kulturelle Leben der Rumäniendeutschen ist trotz der Förderung aus Bonn in Millionenhöhe zumindest auf den Dörfern erstorben. ... "Die Kirche ist Heimat wegen der deutschen Sprache", sagt der Bischof der Siebenbürger Sachsen, Christoph Klein. Anders als in Deutsch-

land gebe es hier kaum Kirchenaustritte. ...

Pastor Gerald Binder ist seiner Frau und seinen 3 Söhnen nicht nach Deutschland gefolgt. Er hat es nicht übers Herz gebracht, seine "Schäflein" allein zu lassen. In meinem Haus ist es einsam geworden. Er berichtet von einem alten Kettenhund, der ein Haus bewacht, das seit Jahren unbewohnt ist.

"Am Anfang haben die Auswanderer noch ihre Häuser verschleudert. Jetzt sperren sie ab und gehen weg." ...<<

07.08.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. August 1996: >>Ostpreußen-Museum bleibt vorerst geöffnet

Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg muß nicht bis zum Jahresende geschlossen bleiben, wie es Museumsleiter Ronny Kabus noch vor 2 Wochen befürchtet hatte. ...

Kabus hatte von Schließung gesprochen, weil das Land im Zuge seiner Sparbemühungen nur 80 % der üblichen Förderung leisten wollte, was in Lüneburg ein Minus von 95.000 DM bedeutet hätte. ...

Ob das Museum auch im Jahr 1998 noch 43 Prozent seines Etats vom Land finanziert bekommt (den Rest zahlt der Bund), ist offen. Die Landesregierung hatte bereits vor längerer Zeit angekündigt, dann gar nichts mehr zahlen zu wollen. ...<<

06.09.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. September 1996 über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker": >>Woher nur die Lust an der Grausamkeit?

Die Deutschen und der Holocaust: Daniel Goldhagen streitet mit seinen Kritikern

Viel Auftrieb vor den Hamburger Kammerspielen: 400 Besucher, darunter viel schwarz gekleidete Künstlerprominenz drängen in das ausverkaufte Haus. Kameras empfangen die Besucher schon vor dem Eingang, Mikrofone werden in die Menge gehalten.

Kein Zweifel: Hier wird ein "Event", ein Ereignis inszeniert. Erstaunlich ist der Anlaß: Ein wissenschaftlicher Wälzer wird vorgestellt, ein 700 Seiten starkes und mit fast 60 Mark recht teures Buch. Obwohl erst seit gut zwei Wochen im Handel, sind von der deutschen Ausgabe von Daniel Goldhagens "Hitlers willige Vollstrecker" schon fast 100.000 Exemplare verkauft worden. In der Diskussion ist es freilich schon seit Monaten, seit dem Erscheinen des amerikanischen Originals.

Dem jungen amerikanischen Harvardprofessor ist es gelungen, in Amerika und Deutschland eine Reihe renommierter Historiker gegen sich aufzubringen. Er hat sie mit seinem Anspruch gereizt, eine wesentlich neue Erklärung für den millionenfachen Mord an den europäischen Juden zu geben.

Goldhagen behauptet: Beim Holocaust beteiligten sich mehr als hunderttausend "ganz gewöhnliche Deutsche" freiwillig, eifrig, zuweilen mit Lust. Ihre besondere Grausamkeit gegen die Juden erklärte er mit der Verinnerlichung einer über Jahrhunderte entwickelten und die deutsche Gesellschaft bis zum Zweiten Weltkrieg bestimmenden besonders aggressiven Form des Antisemitismus, den Goldhagen als "eliminatorisch" (also auf Beseitigung gerichtet) charakterisiert.

... Am Beispiel des Polizeibataillons 101, dessen Mordaktionen an der Ostfront Goldhagen neben anderen untersuchte, versucht er die Taten und ihre Motive, ihren besonderen Eifer, die Freiwilligkeit ihrer Teilnahme herauszuarbeiten.

Goldhagens These ist, daß die Angehörigen dieses Bataillons nicht nach besonderen Kriterien ausgesucht wurden und deshalb einen repräsentativen Querschnitt der deutschen Bevölkerung gebieten.

Der Berliner Historiker Reinhard Rürup bezweifelte diese Annahme. Außerdem warf er Gold-

hagen vor, Quellenmaterial, daß seine These nicht stützte, einfach unterschlagen zu haben (was der amerikanische Wissenschaftler scharf zurückwies). Viele derjenigen, die an den Mordaktionen beteiligt waren, hätten keineswegs mit Überzeugung oder besonderer Lust mitgemacht. Viele hätten es nicht gewagt, Befehle zu verweigern. Goldhagen unterschläge auch, daß es in Deutschland unterschiedliche Formen des Antisemitismus und eine besonders reiche deutsch-jüdische Kultur gegeben habe.

Jan Philipp Reemtsma, der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, kam Goldhagen entgegen. Die Quellen bestätigen, daß es für die Mehrheit ganz selbstverständlich gewesen sei, daß die Juden Feinde des deutschen Volkes seien. ...

Einhellig bestritten die (deutschen) Historiker, daß der Massenmord von Anfang an vom Hitler-Regime geplant gewesen sei. Auch der Zweite Weltkrieg sei nicht geführt worden, um den Holocaust zu ermöglichen ...

Goldhagen ... hielt ... an seiner These von einem besonders radikalen deutschen Antisemitismus fest. Einen Vergleich mit anderen europäischen Ländern würde seine These nicht in Frage stellen.

An diesem Abend konnten mit akademischer Behutsamkeit die Empfindlichkeiten auf beiden Seiten gedämpft werden. Und das gespannt zuhörende Publikum schien zufrieden. Ein Teilnehmer resümierte nach der Veranstaltung: "Jetzt weiß man mehr als vorher." <<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/83): >>Der Lorbeer des Antigermanismus ... gebührt zweifellos dem US-Historiker Daniel Jonah Goldhagen und seinem Buch "Hitlers willige Vollstrecker".

Der Autor weiß zum Beispiel, daß die deutsche Neigung, Juden umzubringen, bei "Machtantritt der Nationalsozialisten längst vorhanden" gewesen sei, was er "eliminatorischen Antisemitismus" nennt. Hitler habe nichts anderes getan, als "den bestehenden Antisemitismus freizusetzen und zu aktivieren". 80 bis 90 Prozent der Deutschen hätten gerne Gelegenheit gehabt, Juden zu quälen und zu ermorden.

Über Jahrhunderte hinweg sei das so gewesen. Die deutsche Grausamkeit sei einzigartig – oder könne man sich vorstellen, daß Dänen oder Italiener den Holocaust begangen hätten? ...<<

Der deutsche Schriftsteller Günter Maschke schreibt später über die "einzigartigen NS-Verbrechen" (x268/109): >>Wer die Verbrechen unter den Nationalsozialisten 'relativiert', wer ihre 'Einzigartigkeit' bestreitet, der, so hört man, verharmlost sie.

Genau das Gegenteil ist der Fall. Der 'Relativierer' verharmlost gar nichts, er spricht vielmehr die furchtbare Wahrheit aus, daß wir alle, alle ohne Ausnahme, im größten Stile zum Morde fähig sind. Verharmloser ist hingegen jener, der auf die 'Einzigartigkeit' der deutschen Verbrechen pocht. Er will nämlich an der Lüge festhalten, daß der Mensch im Grunde gut sei. Nur der Deutsche ist eben schlecht. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x169/70-75): >>... Die jüngste große Holocaust-Show ist Daniel Jonah Goldhagens "Hitlers willige Vollstrecker".

Innerhalb weniger Wochen nach seinem Erscheinen druckte jedes wichtige Meinungsblatt eine oder mehrere Besprechungen. Die "New York Times" brachte mehrere Artikel, in denen Goldhagens Buch als "eines jener seltenen neuen Werke" gelobt wird, "die die Bezeichnung Meilenstein verdient haben" (Richard Bernstein).

Mit einer halben Million verkaufter Exemplare und vorgesehenen Übersetzungen in 13 Sprachen wurde "Hitlers willige Vollstrecker" im Magazin von "Time" als das "am meisten diskutierte" und zweitbeste Sachbuch des Jahres gefeiert.

Elie Wiesel verwies auf die "bemerkenswerten Recherchen" und die "Fülle an Belegen, ... gestützt von einer überwältigenden Zahl an Dokumenten und Tatsachen", um "Hitlers willige Vollstrecker" als "großartigen Beitrag zum Verständnis und zur Vermittlung des Holocaust" anzukündigen.

Israel Gutman pries das Buch, weil es "eindeutig zentrale Fragen wieder aufwirft", die vom "Großteil der wissenschaftlichen Holocaust-Forschung" ignoriert würden. Goldhagen, nominiert für den Holocaust-Lehrstuhl der Harvard University und in den Medien mit Wiesel zusammengespannt, gelangte schnell zu allgegenwärtiger Präsenz im Vortragstourismus zum Thema Holocaust.

Die zentrale These von Goldhagens Buch ist eines der üblichen Holocaust-Dogmen: Getrieben von pathologischem Haß, stürzte sich das deutsche Volk auf die von Hitler gebotene Gelegenheit, die Juden zu ermorden.

Selbst der führende deutschsprachige Holocaust-Autor Yehuda Bauer, der an der Hebrew University lehrt und zu den Leitern von Yad Vashem gehört, hat dieses Dogma zeitweilig übernommen. Noch vor einigen Jahren schrieb Bauer über die geistige Verfassung der Täter: "Die Juden wurden von Leuten umgebracht, die sie größtenteils nicht wirklich haßten. ... Die Deutschen mußten keinen Haß für die Juden empfinden, um sie zu töten."

In einer kürzlich erschienen Besprechung von Goldhagens Buch behauptete Bauer jedoch genau das Gegenteil: "Die radikalste Ausprägung mörderischer Gesinnung herrschte von den dreißiger Jahren an vor. ... Beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hatte sich die breite Mehrheit der Deutschen in einem solchen Ausmaß mit dem Regime und seiner antisemitischen Politik identifiziert, daß es kein Problem war, die Mörder zu rekrutieren."

Als man ihn zu dieser Diskrepanz befragte, erwiderte Bauer: "Ich kann keinerlei Widerspruch zwischen diesen beiden Aussagen erkennen."

... "Hitlers willige Vollstrecker", voll mit groben Fehldeutungen von Quellenmaterial und inneren Widersprüchen, ist ohne wissenschaftlichen Wert. In "Eine Nation auf dem Prüfstand" haben Ruth Bettina Birn und der Autor dokumentiert, wie schludrig Goldhagens Unternehmung angelegt ist. Die darauf folgende Kontroverse beleuchtete das Funktionieren der Holocaust-Industrie auf lehrreiche Weise.

Birn, weltweit die führende Autorität für die Archive, die Goldhagen zu Rate zog, veröffentlichte ihre kritischen Befunde zuerst im "Historical Journal" von Cambridge. Goldhagen wies die Einladung der Zeitschrift zu einer umfassenden Erwiderung zurück und beauftragte statt dessen eine führende Londoner Anwaltskanzlei, Birn und die Cambridge University Press wegen "vieler schwerwiegender Verleumdungen" zu verklagen.

Goldhagens Anwälte verlangten eine Entschuldigung, die Rücknahme der Kritik und eine Zusicherung Birns, die Kritik nicht zu wiederholen, und drohten zudem, daß "jegliches öffentliche Aufsehen, das Sie aufgrund dieses Briefes auslösen sollten, auf eine weitere Vergrößerung des Schadens hinauslaufen würde".

Kurz nachdem die ebenfalls kritischen Befunde des Autors in der "New Left Review" veröffentlicht wurden, erklärte sich der "Metropolitan-Verlag", ein Label von Henry Holt, bereit, beide Aufsätze zusammen als Buch herauszugeben.

In einer Titelgeschichte warnte daraufhin "Forward", Metropolitan sei "dabei, ein Buch von Norman Finkelstein herauszubringen, einem bekannten ideologischen Gegner des Staates Israel". Die Zeitschrift "Forward" ist die wichtigste Instanz, die in den Vereinigten Staaten die (politische) Holocaust-Correctness durchsetzt. ...

Leon Wieseltier, Literaturredakteur der pro-israelischen "New Republic", intervenierte persönlich bei Michael Naumann, dem Verleger von Holt. "Sie wissen nicht, wer Finkelstein ist. Er ist Gift, ein abstoßender Jude voller Selbsthaß, so etwas wie ihn finden Sie unter einem Stein."

Elan Steinberg, geschäftsführender Direktor des World Jewish Congress, bezeichnete Holts Entscheidung als "Schande" und meinte: "Wenn sie Müllmänner sein wollen, sollten sie sich die Uniform der Stadtreinigung anziehen."

"Nie zuvor habe ich", erinnerte sich Naumann später, "einen vergleichbaren Versuch interessierter Kreise erlebt, eine bevorstehende Veröffentlichung vor aller Augen schlecht zu machen." Der bekannte israelische Historiker und Journalist Tom Segev merkte in der Zeitschrift "Haaretz" an, daß die Kampagne an "Kulturterrorismus" grenze.

Als leitende Historikerin der für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuständigen Abteilung des kanadischen Justizministeriums wurde Birn als nächstes von jüdischen Organisationen in Kanada angegriffen.

Mit der Behauptung, ich sei "der überwiegenden Mehrheit der Juden auf diesem Kontinent ein Greuel", prangerte der Canadian Jewish Congress (CJC) an, daß Frau Birn an diesem Buch mitgearbeitet hatte. Über ihren Arbeitgeber machte der CJC Druck und reichte eine Beschwerde beim Justizministerium ein. Zusammen mit einem vom CJC unterstützten Bericht, der Birn als "Mitglied der Rasse der Täter" (sie ist in Deutschland geboren) bezeichnete, löste diese Beschwerde eine offizielle Ermittlung gegen sie aus.

Auch nach dem Erscheinen des Buches ließen die persönlichen Angriffe nicht nach. Goldhagen behauptete, Birn, die die Verfolgung von Nazi-Kriegsverbrechern zu ihrer Lebensaufgabe gemacht hat, vertrete eine antisemitische Einstellung, und ich selbst sei der Meinung, die Opfer der Nazis einschließlich meiner eigenen Familie hätten den Tod verdient. Goldhagens Kollegen am Harvard Center for European Studies, Stanley Hoffmann und Charles Maier, stellten sich öffentlich hinter ihn.

"The New Republic" bezeichnete die Vorwürfe, es handle sich um Zensur, als "Ente", und hielt dagegen, daß "es einen Unterschied gibt zwischen Zensur und der Einhaltung von Standards".

Von den führenden Historikern des Nazi-Holocaust einschließlich Raul Hilberg, Christopher Browning und Ian Kershaw erhielt "Eine Nation auf dem Prüfstand" Rückendeckung. Eben diese Wissenschaftler verwarfen Goldhagens Buch; Hilberg nannte es "wertlos". ...

Man sehe sich zum Schluß noch folgendes Beziehungsmuster an: Wiesel und Gutmann unterstützten Goldhagen, Wiesel unterstützte Kosinski, Gutman und Goldhagen unterstützten Wilkomirski. Man verbinde die Spieler miteinander: Das ist HOLOCAUST-Literatur. ...<<

09.09.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. September 1996: >>**Eklat bei Vertriebenen: "Herzog ein Verräter"**

Bundespräsident Roman Herzog ist am Sonntag bei einer Festrede vor Vertriebenen in Berlin von einem Zuhörer als "Vaterlandsverräter" beschimpft worden. ...

Zuvor hatte der Bundespräsident allen Ansprüchen auf ehemalige deutsche Gebiete eine Absage erteilt: "So schmerzhaft dies für Menschen ist, die in Hinterpommern, in Ostpreußen oder Oberschlesien als Deutsche in Deutschland geboren worden sind: Richtig ist - und das werden wir nicht mehr ändern können - diese Gebiete sind heute völkerrechtlich unbestritten polnisches bzw. russisches Staatsgebiet." <<

11.09.1996

Großbritannien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. September 1996: >>**Alliierten wußten von Nazi-Gold in Schweiz**

Das Nazi-Regime hat gegen Ende des zweiten Weltkrieges ein geplündertes Goldvermögen im Wert von damals 550 Millionen US-Dollar aus jüdischem Besitz und Zentralbankreserven besetzter Staaten aus dem Land geschafft. Die nach heutigem Wert rund 7 Milliarden Dollar wurden in die Schweiz und nach Portugal transportiert, bestätigte das britische Außenministerium. ...

Über den Verbleib des Goldschatzes steht lediglich fest, daß die Schweiz den Alliierten 60 Millionen Dollar für den Wiederaufbau in Europa zugestand. Wo die übrigen eingeschmolzenen Goldbarren geblieben sind, bleibt ein Rätsel.<<

12.09.1996

Schweiz: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. September 1996: >>Das Nazi-Gold in der Schweiz erregt die Gemüter

Juden fordern Rückgabe an Opfer und Hinterbliebene / Bern will erst Rolle der Schweizer Banken in der NS-Ära prüfen

... Die Schweiz geht die Aufklärung über den Verbleib des sogenannten Nazi-Goldes, dessen Wert heute bei 10,5 Milliarden Mark liegt, trotzdem nur langsam an ...

1946 hatten sich die Alliierten und die Schweiz darauf geeinigt, daß die Schweiz einen Beitrag als Ausgleich für das "Raubgold" an Großbritannien, Frankreich und USA herausgibt. Dabei ging es allerdings nur um einen Betrag von 60 Millionen US-Dollar. Das Geld wurde anteilmäßig an die Länder zurückgegeben, aus denen es vermutlich stammte.

Das American Jewish Committee zeigte sich "nicht irritiert", daß die Wahrheit erst so spät ans Licht kommt. Auch in den USA habe es schon vor dem Krieg Antisemitismus gegeben. So dürfe niemand überrascht sein, wenn auch später beim Umgang mit diesem Vermögen Antisemitismus eine Rolle gespielt hätte.

In der Tat birgt der Bericht des britischen Außenministers nach Ansicht von Beobachtern auch Brisanz, weil er ein Licht auf jene Kriegsgegner Deutschlands wirft, die über den Verbleib des Goldes Bescheid gewußt, ihr Wissen aber nie preisgegeben haben. ...<<

22.09.1996

Schweiz: Die größte Schweizer Zeitung "Sonntags-Blick" berichtet am 22. September 1996 (x136/14): >>... Die Schweiz hat die von den Nazis flüchtenden Juden an der Grenze abgewiesen und so in den Tod geschickt. Das Gold, das die Nazis den toten Juden aus den Zähnen brachen, hat die Schweiz willig akzeptiert und gewaschen.<<

September 1996

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" 9 – 1996 veröffentlicht im September 1996 eine Predigt zum Tag der Heimat (x853/...): >>Wir dürfen den Anspruch auf unsere Heimat nicht aufgeben

Predigt zum Tag der Heimat (am 7.9.96 in Berlin)

Meine lieben Christen!

Im vergangenen Jahr veröffentlichten schlesische Heimatvertriebene zum 50. Jahrestag der Vertreibung eine Anzeige, in der es hieß:

"Wir gedenken in tiefer Trauer des Untergangs Schlesiens und seiner 700jährigen Geschichte. Wir gedenken in großer Trauer des qualvollen Leidens und Sterbens hunderttausender Unschuldiger während der Vertreibung und wir gedenken des aufopferungsvollen Abwehrkampfes unserer tapferen Soldaten an der Ostfront.

Betet für sie."

Am 47. Tag der Heimat gedenkt der Bund der Vertriebenen natürlich aller Opfer der Vertreibung und Flucht aus dem deutschen Osten, der Tschechoslowakei und dem Südosten Europas. Wir wollen uns aber auch in Dankbarkeit daran erinnern, daß sich katholische deutsche Bischöfe mehrfach an den Alliierten Kontrollrat wandten und gegen die Ausweisungspraktiken protestierten, ohne daß ihr Anliegen auch nur beachtet worden wäre.

Am 3. Juli 1946 richteten die deutschen Kardinäle und Erzbischöfe ein Schreiben an den amerikanischen Präsidenten Truman und baten erneut um die Beendigung der grausamen Vertreibung. Doch wie bereits im Herbst 1945 schenkte General Clay den deutschen Bischöfen kein Gehör. Am 15. Juli 1946 teilte er dem Berliner Bischof Kardinal Graf von Preysing, dem unerschrockenen Gegner der Nazis mit, er sei nicht gewillt, die Bittschrift der Bischöfe an den

amerikanischen Präsidenten weiterzuleiten. In seinem Brief heißt es wörtlich:

"Die Umsiedlung der betreffenden Deutschen wurde in Potsdam beschlossen als notwendig für die zukünftige Sicherheit Europas. ..."

- Man hat argumentiert, der Verlust eines Viertels unseres Vaterlandes - und wenn man die Gebietsverluste nach dem Ersten Weltkrieg hinzunimmt - eines Drittels Deutschlands seit 1918 - sei der Preis für den von uns begonnenen Krieg.

Mit derselben Logik und Konsequenz müßte man - um von den USA ganz zu schweigen - England, Frankreich, Rußland und Polen große Teile ihres Landes wegnehmen, denn sie alle haben seit 1800 weit mehr Kriege geführt als Deutschland. Von den 287 seit 1800 geführten Kriegen liegt England mit 80 Kriegen an der Spitze, dicht gefolgt von Frankreich mit 75 Kriegen. Rußland führte in dieser Zeit 63 und Polen 32 Kriege. Das angeblich so kriegslüsterne Deutschland liegt mit 23 Kriegen merklich dahinter.

- Politiker und Medienleute mahnen uns seit nunmehr 50 Jahren, den Massenmord von Auschwitz stets im Gedächtnis zu behalten, ihn nicht aus der Erinnerung zu streichen. Nicht weniger darf dies aber von der brutalen millionenfachen Massenvertreibung von Menschen aus ihrer angestammten Heimat gelten, die seit 700 bis 800 Jahren unangefochten deutsches Land war. Nicht weniger einmalig als Auschwitz ist das Massenvertreibungsverbrechen.

Und wenn immer wieder an den Massenmord in Auschwitz erinnert wird, dürfen wir nicht verschweigen, daß die Zahl der Opfer bei der Vertreibung nach amtlichen, meist verschwiegenen Angaben, mehr als doppelt so hoch war wie in Auschwitz. Wir dürfen und wollen nicht Verbrechen gegen Verbrechen aufrechnen, aber es dient nicht der Wahrheit und Verständigung, wenn geschichtliche Tatsachen verschwiegen oder gar geleugnet werden.

Das Wort der Schrift: "Die Wahrheit wird euch freimachen" (Johannes 8, 32) gilt auch für die Geschichtsschreibung.

Wir gedenken jedoch nicht nur unserer Toten, sondern auch unserer verlorenen Heimat. Wenn der Psalmist betet: "Wenn ich dich je vergesse, Jerusalem, dann soll mir die rechte Hand verdorren. Die Zunge soll mir am Gaumen kleben, wenn ich an dich nicht mehr denke. ..." (137, 5 f.), können wir diese Worte sinngemäß auf unsere verlorene Heimat im Osten anwenden.

Die Heimat im Osten - Mitteldeutschland ist nicht Ostdeutschland - und Südosten Europas, wohin Deutsche vor Jahrhunderten gerufen wurden, um das Land zu kultivieren, mußten wir nach dem Willen der Siegermächte in krassem Gegensatz zu geltendem Völkerrecht abtreten. Hier bewahrheitete sich wieder einmal das Wort: Wehe den Besiegten!

Es war ein erschreckender Höhepunkt nationaler Würdelosigkeit und zugleich tiefsten Schmerzes für alle Heimatvertriebenen, als unsere Politiker und Parlamentarier die Abtretung uralten deutschen Landes mehrheitlich mit Beifall bedachten.

Ein derartig schmähhliches Verhalten wäre in keinem anderen Land auch nur vorstellbar, am wenigsten in den beiden Ländern, die weit mehr Angriffskriege geführt haben als Deutschland und die Hauptnutznießer unserer Niederlage waren, Polen und Rußland. So wurde unser verstümmeltes Vaterland zum Rumpfdeutschland, wie es Churchill in seinen Memoiren selber nannte, zum kleinsten Deutschland unserer Geschichte mit der größten Bevölkerungsdichte.

Wenn dann Politiker behaupten, unser Land sei noch niemals in seiner Geschichte von so vielen befreundeten Ländern umgeben gewesen wie heute, mag dies der heute üblichen political correctness entsprechen, hat aber mit der Wahrheit und Wirklichkeit nichts zu tun.

Der damalige deutsche Außenminister behauptete, wir hätten freiwillig auf ein Viertel deutschen Landes verzichtet, so als wäre es sein privates Eigentum, über das er nach Belieben verfügen könne. In schroffem Gegensatz zu ihm erklärte der Bundeskanzler, ohne den Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete hätten die europäischen Länder und die USA der deutschen Teilwiedervereinigung nicht zugestimmt. Ist eine solche Nötigung die Handlungsweise von Freunden?

Polen behauptet, ohne die deutschen Ostgebiete könne es nicht existieren. Dabei hatte Polen nach 1945 ohnehin nichts verloren, was es vor seinem Angriffskrieg gegen das geschwächte Rußland 1921 besessen hatte.

Ein Blick in die Statistik von 1996 zeigt uns, daß auf jetzigem polnischen Gebiet 123,2 und in Rußland, das den nördlichen Teil Ostpreußens an sich gerissen hat, ganze 8,7 Menschen auf einem Quadratkilometer leben, während sich im verstümmelten Rumpfdeutschland 228 Menschen auf einem Quadratkilometer drängen. Zudem strömen seit Jahr und Tag Millionen Ausländer mit fremder Kultur und Religion in unser Land, das inzwischen zu einem multirassischen, multiethnischen Schmelztiegel mit gewaltigem sozialen Sprengstoff wurde.

Die "Welt am Sonntag" - gewiß kein Naziblatt - schrieb am 8.4.95:

"Nicht mehr die Ausländer werden - ob gewollt oder nicht - 'integriert' - sondern umgekehrt. In immer mehr Städten sind die Ausländer gegenüber den deutschen Kindern längst in der Überzahl. Viele unserer Landsleute fragen sich, ob wir noch Herr im eigenen Haus sind."

Meine lieben Christen,

vielleicht fragt sich der eine oder andere, ob solche Fragen in einen Gottesdienst gehören. Gewiß nicht in einen normalen Sonntagsgottesdienst. Aber da Politiker und Medienleute für gewöhnlich diese Fragen verschweigen oder gar die unabweisbaren Tatsachen leugnen, scheint es mir richtig und notwendig, in einem Gottesdienst zum Tag der Heimat auf diese Probleme aufmerksam zu machen, die im Grunde jedermann bekannt sind, die man aber nicht auszusprechen wagt und die für unsere Heimatvertriebenen zur schwärenden Wunde wurden, die nicht heilen will.

In jeder hl. Messe beten wir für die Lebenden und Toten. Nach dem Beispiel des unlängst seliggesprochenen Berliner Dompropstes Bernhard Lichtenberg wollen wir für die Lebenden und Toten hüben wie drüben beten, für unsere Landsleute wie auch die Toten der Länder, die sich einst mit uns im Krieg befanden. Wir wollen den Herrn bitten, er möge das vergossene Blut annehmen zur Sühne für die Sünden und Verbrechen, die durch uns und an uns geschehen. Er möge das vergossene Blut zur Saat der Verständigung und des Friedens werden lassen.

Wir haben vorhin das Evangelium von den Emmausjüngern gehört. Was hat es mit unserem Gedenkgottesdienst zu tun? Erinnern wir uns: Der Herr hatte vorausgesagt, daß er in den Tod gehen werde. Hiermit brach für seine Jünger und Anhänger eine ganze Welt zusammen. Zwar hatte der Herr den Seinen gesagt, er werde wieder auferstehen, aber das hatten sie nicht begriffen. Und nun gehen am Ostermorgen zwei seiner Jünger nach Emmaus. Sie begegnen Jesus, ohne ihn zu erkennen. Er fragt sie, warum sie so traurig sind. Da bricht es aus ihnen heraus. Sie hatten gehofft, er werde Israel erlösen. Da beginnt Jesus ihnen, angefangen von den Propheten, darzulegen, warum dies alles so kommen mußte.

Vielleicht ist es verwegen, eine Parallele zu ziehen. Der Herr, der Unschuldige, gibt sein Leben hin für uns, um uns von unserer Schuld zu befreien. Er erleidet den furchtbaren Tod am Kreuz, um die Schuld der Welt hinwegzunehmen, sie zu sühnen. Durch sein Leiden, seinen Tod sind wir erlöst. Und er hat seinen Jüngern gesagt, daß der Knecht nicht mehr ist als sein Herr und der Jünger nicht über dem Meister steht. Und irgendwie, in irgendeiner Form müssen alle, die zu den Jüngern Jesu gehören, an seinem Leiden, an seinem Kreuz teilhaben.

Wir wissen aus Erfahrung, daß wir uns das Leid, das Kreuz nicht aussuchen können, daß es uns sehr oft völlig unerwartet trifft. Der Herr hat unseren Landsleuten im Osten und Südosten Europas ein besonders schweres Kreuz auferlegt.

Und wir dürfen vielleicht sagen, so wie der Herr unschuldig war an seinem Tod, so waren hunderttausende - insgesamt sind es ja etwa 3 Millionen - in der überwältigenden Mehrheit unschuldig an ihrem grausamen Geschick.

Teilhabe am Kreuz Christi in einer Form, in einer Weise, die sich keiner vor dem furchtbaren

Geschehen vorstellen konnte, die niemand Menschen aus eigener Machtvollkommenheit auferlegen darf. Aber wir dürfen selbst in diesem schweren Schicksal noch die Hand des Herrn erkennen. Ich denke, unsere Heimatvertriebenen haben es irgendwie begriffen, als sie 1950 die Charta der Heimatvertriebenen verfaßten, in der sie auf Haß, Rache und Vergeltung verzichteten, obwohl sie genau wußten, was an ihren Angehörigen, was an ihrer Heimat geschehen war, welch unbeschreibliche Greuel sich ereignet hatten.

Und so kam es zu einem der ergreifendsten Dokumente der neueren Geschichte, man darf es eine Sternstunde der Menschheit nennen. Diese Charta der Heimatvertriebenen zeugt von seelischer Größe, die durch den Feuerofen der Läuterung gegangen war.

Freilich dürfen wir nicht vergessen, daß in der Charta noch etwa anderes steht, was allzuoft verschwiegen wird:

Daß Gott den Menschen in seine Heimat gestellt hat, daß Gott ihm die Heimat zu Lehen gegeben hat und daß, wer die Heimat nimmt, einen Menschen im Geiste tötet. Wir dürfen unsere Heimat im Osten nicht vergessen. Erinnern wir uns an das Wort des Psalmisten:

"Wenn ich dich je vergesse, Jerusalem, dann soll mir die rechte Hand verdorren."

Da die Vertreibung gegen jegliches Völkerrecht verstieß, zutiefst unmenschlich ist und keine echte Versöhnung zustande kommen läßt, dürfen wir den Anspruch auf unsere verlorengegangene Heimat nicht aufgeben.

- Schon sehr bald nach dem furchtbaren Verbrechen der Massenvertreibung sagte Papst Pius XII., der große Freund der Deutschen, die Menschen, die zu Unrecht aus ihrer Heimat vertrieben wurden, sollten wieder in ihre Heimat zurückkehren dürfen.

- Die deutschen katholischen Bischöfe erklärten in ihrem Pastoralbrief an die heimatvertriebenen Katholiken anläßlich der 40jährigen Wiederkehr der Charta der Heimatvertriebenen am 5. August 1990:

"(Eine) alte jüdische Weisheit sagt: Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung. Versöhnung ist nicht durch Verdrängung historischer Fakten möglich. Gerade wir Deutschen sind dazu aufgerufen, alles zu tun, damit niemals wieder Unrecht zu Recht erklärt wird. Vertreibung der alteingesessenen Bevölkerung ist eine Verletzung elementarer Menschenrechte, die nicht zu rechtfertigen ist, gleichgültig von wem oder wann sie geschieht. Heimatvertriebene wirken mit der Forderung nach Anerkennung der völkerrechtlichen Gegebenheiten dem Eindruck entgegen, daß sich Verbrechen lohne: wenn man nur lange genug wartet, werde dieses Unrecht schon zu Recht erklärt."

Die grauenhaften Verbrechen bei den "ethnischen Säuberungen" im ehemaligen Jugoslawien, bei denen sich die Greuel in ähnlicher Weise wiederholten wie einst an den Deutschen im Osten und Südosten Europas, legen nahe, daß durch unübersehbare Zeichen die Völker nachdenklich werden und gemeinsam zu Rate gehen, wie die größten Massenvertreibungen der Weltgeschichte wenigstens einigermaßen wiedergutmacht werden können.

- Papst Johannes Paul II. sagte über das schwere Schicksal der Heimatvertriebenen:

"Sie haben ein Recht darauf, zu ihren Wurzeln zurückzukehren, heimzukehren in ihr Geburtsland mit seiner nationalen Souveränität, seinem Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Sie haben ein Recht auf die kulturellen und geistlichen Beziehungen, die sie in ihrem Menschsein nähren und aufrecht erhalten. ..."

Und darum, meine lieben Christen, sollen und dürfen wir kämpfen - nicht wie einst Korfanty mit seinen Terrorbanden in Oberschlesien - aber mit zäher Geduld, nicht um Zwietracht zu säen, sondern damit Wahrheit und Recht siegen, daß es zu einer gerechten Lösung im deutschen Osten kommt, damit wir mit den Völkern Osteuropas einen gerechten, dauerhaften Frieden erlangen.

Polnische Bischöfe weisen gern auf ihren Brief zur Versöhnung mit den deutschen Bischöfen vom Herbst 1965 hin. Allerdings schrieben sie nur wenige Monate später, im Hirtenbrief vom

10. Februar 1966:

"Wir sind überzeugt, daß wir als Volk dem deutschen Volk durch Jahrhunderte kein politisches, wirtschaftliches Unrecht angetan haben."

Nun, wir wissen, daß die historischen Fakten leider ganz anders aussehen.

- Es dient nicht der Verständigung, wenn polnische Bischöfe 1994 in Stettin und später in Landsberg Dankgottesdienste dafür feiern, daß diese angeblich urpolnischen Gebiete wieder zum polnischen Mutterland zurückgekehrt seien. Ich habe jahrelang in Ostpreußen, Pommern und Schlesien gelebt und weiß, wie Sie alle, daß diese deutschen Ostprovinzen urdeutsch waren.

Der englische Premier Lloyd George erklärte 1919 bei den Friedensverhandlungen in Versailles, es sei nicht die Absicht, dem polnischen Volk Gebiete zuzuerkennen, die seit 900 Jahren nicht mehr polnisch gewesen sind. Und US-Präsident Wilson sagte am 7. April 1919:

"Das einzige Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es keinen Anspruch besitzt."

Damals ging es lediglich um den polnischen Korridor, nicht um den Verlust des gesamten deutschen Ostens.

Meine lieben Christen, bloße Trauer um die verlorene Heimat führt nicht weiter.

Wir dürfen nicht die Hände in den Schoß legen, sondern müssen vertrauensvoll in die Zukunft schauen wie einst die Polen, die nach ihrer Teilung 125 Jahre sangen: "Noch ist Polen nicht verloren!"

Immer wieder müssen wir daran erinnern, daß der völkerrechtswidrige Landraub keinen ehrlichen, dauerhaften Frieden möglich macht. So besteht hinsichtlich des Münchner Abkommens von 1938 seltene Einmütigkeit darüber, daß dieses von Anfang an nichtig sei. Gilt für den "freiwilligen" Verzicht auf den deutschen Osten etwas anderes?

Dabei geht es keineswegs darum, die im deutschen Osten lebenden Polen und Russen zu vertreiben. Es ist genügend Platz dort für Deutsche, Polen und Russen. Wir können gemeinsam in unserer alten Heimat leben und bei allseits guten Willen könnte sich dieses Zusammenleben segensreich auswirken. Mir scheint, nur dann wird ein dauerhafter Friede in Europa möglich sein.

In der Erklärung der deutschen Bischöfe zur Charta der Heimatvertriebenen heißt es: "Versöhnung kann nicht durch Verdrängung historischer Fakten erreicht werden."

Kein Volk dieser Erde hat jemals so nachhaltig und so unzählige Male seine Schuld aus vergangenen Tagen bekannt wie das deutsche. So kam es, daß im vergangenen Jahr der estnische Präsident Lennart Meri am Tag der Heimat Deutschland als Canossa-Republik bezeichnete. Erst kürzlich äußerten sich hochrangige englische Politiker besorgt über den deutschen Nationalmasochismus. So sagte Lord Marsh vor dem Oberhaus:

"Es ist eine Tatsache, daß die deutsche Paranoia, d.h. Geistesgestörtheit, und das Schuldgefühl über die zwölf fürchterlichen Jahre zwischen 1933 und 1945 bereits übertrieben sind und einen unheilvollen Einfluß auf eine bestimmte Generation gehabt haben. Die Art und Weise, wie manche Deutsche diese Bürde tragen, ja - ich möchte dies nicht als beleidigend aufgefaßt wissen - sich in ihr suhlen, ist nicht gut für Deutschland und somit nicht gut für Europa."

Es geht nicht um Leugnung und Verdrängung vergangener Schuld. Allerdings erfordert die Wahrheit, die eine echte Versöhnung erst möglich macht, daß auch Polen, Russen, Tschechen, Jugoslawen und wer auch immer in die zahllosen Verbrechen an deutschen Menschen verstrickt ist, vor aller Welt sich zur eigenen Schuld bekennt und gesteht.

Auch von unserer Seite wurde himmelschreiendes Unrecht, wurden unvorstellbare Verbrechen begangen. Wir bitten unsere Opfer wir bitten das deutsche Volk um Vergebung. Dieses Eingeständnis kann und soll uns befähigen, einander die Hände zu reichen und miteinander in eine bessere Zukunft zu gehen.

Gemeinsam wollen wir zu unserem himmlischen Vater beten: Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern.
Amen.<<